

5 des irakischen Parteiengesetzes verwiesen, der Parteien verbiete, die auf konfessioneller Intoleranz gründeten. Der Artikel ruft dazu auf, sich gegen die Gipfel von Erbil und Bagdad zu stellen und alle konfessionalistischen Parteien aufzulösen.<sup>128</sup>

Was in der Diskussion um mögliche Formen sunnitischer Repräsentation nicht thematisiert wurde, war die Frage nach den Gründen für den Zuspruch, den der IS zeitweise in Teilen der sunnitischen Bevölkerung genossen hatte. Der IS bzw. »*dā' iṣ*«<sup>129</sup> blieb in dieser Diskussion ein externer Akteur, seine Mitglieder waren Terroristen, die sich gegen die irakische Bevölkerung richteten. Die auch nach 2017 anhaltenden Aktivitäten der Gruppierung im Irak weisen dagegen darauf hin, dass sie nach wie vor mit Unterstützung rechnen kann (wenn auch in deutlich geringerem Ausmass als 2014). Die Ursachen für die sunnitische Abwendung vom Staat, die sich mit den Protesten von 2012 abgezeichnet hatte, wurden im Irak bisher nicht aufgearbeitet.<sup>130</sup>

In dieser Gegenüberstellung der Bemühungen sunnitischer politischer Parteien um eine vereinigte Position einerseits und der Kritik am konfessionalistischen System insgesamt andererseits finden sich zwei dominante Elemente der öffentlichen Diskussion nach der Rückeroberung Mosuls. Die Frage nach sunnitischer Repräsentation wurde verknüpft mit der Frage nach dem Staat und seiner Verfasstheit.

## 5.5 Epilog: Die *tīṣrīn*-Proteste als Herausforderung des Staates

Noch während der Durchführung der vorliegenden Untersuchung gewannen Protestbewegungen im Irak an Bedeutung. Während diese Ereignisse in der Forschung kaum aufgearbeitet sind, sollen sie hier doch in der Untersuchung von Konfessionalisierung berücksichtigt werden. Die Proteste dehnen ihre Kritik am politischen System auf eine Kritik am Staat aus und lehnen dessen Verfasstheit zugunsten einer Volkssouveränität ab. Damit stellen sie in konzeptioneller Hinsicht ein Gegenstück dar zum Vorgehen des IS, der die Bevölkerung seinem Kalifatskonzept unterordnete. Diese besondere Position der Proteste rechtfertigt ihre Integration in diese Untersuchung, obwohl sie erst oberflächlich betrachtet werden können.

Bereits während dem Krieg gegen den IS kam es in südlichen Landesteilen, weit entfernt von den Kampfhandlungen, zu Protesten gegen die Regierung aufgrund der schlechten Versorgungslage und der grassierenden Korruption.<sup>131</sup> Die

128 Vgl. al-Mada 1362, 10.06.2017, S. 2.

129 *Dā' iṣ* lautet die in der arabischsprachigen Öffentlichkeit gebräuchliche, negativ konnotierte Abkürzung für den IS.

130 Wyler: Irak: Der IS und die Geister der Vergangenheit, 03.02.2021.

131 Vgl. International Crisis Group: Iraq's Tishreen Uprising: From Barricades to Ballot Box, 2021, <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/iraq/223-iraqs-tishreen-uprising-barricades-ballot-box>, Stand: 21.04.2022, S. 2.

Rückeroberung Mosuls wurde von der Regierung als Moment der nationalen Einheit inszeniert, wodurch die Unzufriedenheit nicht nur der sunnitischen, sondern auch der schiitischen Bevölkerung mit der Regierung in Bagdad aber nicht aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt werden konnte.

Die Sā'irūn-Allianz (*taḥālufṣā'irūn lil- 'iṣlāḥ*), vornehmlich zusammengesetzt aus den Sadristen und der irakischen kommunistischen Partei (KPI), erhielt mit ihrer Selbstpositionierung als Protestpartei bei den Parlamentswahlen im Mai 2018 die meisten Parlamentssitze (54 von 329).<sup>132</sup> Die anschliessende Regierungsbildung erwies sich erneut als schwierig aufgrund der fehlenden Mehrheiten im Parlament und der dadurch notwendigen Blockbildungen. Die resultierende Regierung bildete einen Kompromiss zwischen den grossen Wahlallianzen, wodurch die alte Elite der Dawa-Partei und die politische Vertretung der Ḥaṣḍ an der Regierung beteiligt wurden. Im Oktober 2018 wurde nach zähem Ringen eine nur teilweise durch das Parlament bestätigte und kaum handlungsfähige Kompromissregierung unter Leitung von 'Abd al-Mahdī eingesetzt. Diese erneute Integration der politischen Elite anstelle des durch die Wahlen erhofften Wandels frustrierte weite Teile der Bevölkerung.<sup>133</sup> Angeheizt wurde die Lage durch die katastrophale Situation der Infrastruktur: Die wiederkehrenden Stromausfälle bei Sommertemperaturen von teilweise 50 Grad Celsius und die Verunreinigung des Trinkwassers in Basra bildeten zwei der sichtbarsten Tiefpunkte der unzulänglichen Versorgung der Bevölkerung und schürten die Wut über die Regierung.<sup>134</sup>

Die in Bagdad und in den südlichen Landesteilen immer wieder aufflammenden Demonstrationen gipfelten in Massenprotesten am 1. Oktober 2019, die in unterschiedlicher Intensität in mehreren Städten bis 2020 aufrechterhalten wurden. Nachdem die Corona-Pandemie die Bewegung gebremst hatte, kam es ab Ende 2020 erneut zu Massenprotesten mit der südlichen Stadt Nasiriya als bedeutendem Protestort.<sup>135</sup>

Die Protestbewegung wurde von den Demonstrantinnen und Demonstranten als Oktober-Proteste (*taḏāhurāt tišrīn*), oft auch als Oktober-Revolution (*ṭaurat tišrīn*) bezeichnet. Ebenfalls geläufig ist die Bezeichnung »Oktober-Aufstand« (*intifāḏat tišrīn*). Diese Tišrīn-Proteste wurden durch junge, unabhängige Aktivistinnen und Aktivisten initiiert. Mit der zunehmenden Dimension des Protests setzte auch die

132 Iraqi High Election Committee, Offizielle Wahlresultate, 2018, <https://web.archive.org/web/20180522224542/http://iheciiraq.net/261585.xlsx>, Stand: 21.04.2022.

133 International Crisis Group: On Third Try, a New Government for Iraq, 2020, <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/iraq/third-try-new-government-iraq>, Stand: 21.04.2022.

134 Reuters: Once Iraq's Venice, Basra's waters have now turned deadly, in: Reuters Media, 26.09.2018.

135 Wyler, Christian: Die Joker von Nasiriya, in: Journal21, 18.12.2020, <https://www.journal21.ch/artikel/die-joker-von-nasiriya>, Stand: 21.04.2022.

Unterstützung durch etablierte politische Akteure ein, namentlich die KPI und die Sadristen (die den Demonstrationscamps mit ihrer Präsenz zeitweise einen gewissen Schutz boten). Auch Sīstānī sprach sich zugunsten der Proteste aus.<sup>136</sup> Trotzdem gelang es den Demonstrantinnen und Demonstranten, den unabhängigen Charakter der Proteste in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu bewahren.

Die erfolgreiche Mobilisierung für die Proteste gründete erstens auf deren junger Trägerschaft – Menschen, die unter der Post-2003-Regierung aufgewachsen waren und das konfessionell orientierte Quotensystem (*muḥāṣaṣa*) nicht als Schutz einer schiitischen Mehrheitsbevölkerung erlebt hatten, sondern als Vehikel zur Machtsicherung einer korrupten Elite. Als zweiter Grund wurde die Erfahrung im Krieg gegen den IS genannt. Die zahlreichen Freiwilligen aus dem Süden erlebten Geringschätzung und fehlende Unterstützung trotz ihres Einsatzes im Kampf.<sup>137</sup> Selbst der ansonsten sakrosankte Sīstānī wurde hinterfragt, wenn ehemalige Freiwillige erklärten, sie würden einem neuerlichen Aufruf Sīstānīs gegen den IS auf keinen Fall Folge leisten – ausser, der Aufruf würde sich gegen die politischen Parteien richten.<sup>138</sup>

Die Proteste stiessen durch ihre Kritik an den Ḥaṣd und am iranischen Einfluss auf den Irak auf Ablehnung von Seiten der Ḥaṣd. Bei den Protesten kam es wiederholt zu Gewalt, mutmassliche Ḥaṣd-Kämpfer schossen auf die Demonstrantinnen und Demonstranten. Allein in den ersten sechs Monaten starben über 600 Personen. Zudem wurden mehrere Aktivistinnen und Aktivisten Opfer gezielter Mordanschläge.<sup>139</sup> Die ehemals als Retter vor dem IS gefeierten paramilitärischen Verbände wurden nun selbst zur Bedrohung.

Aufgrund des Drucks der Proteste trat Premierminister Mahdī Ende November 2019 zurück. Die darauffolgende Regierungsbildung dauerte rund sechs Monate und brachte schliesslich den parteilosen Muṣṭafā al-Kāzīmī ins Amt. Kāzīmī sprach sich zugunsten der Proteste aus.<sup>140</sup> Die Spannungen zwischen der Regierung und der Ḥaṣd gipfelte in einem Anschlag auf den Sitz des Premierministers, den dieser aber unversehrt überstand.<sup>141</sup>

136 Vgl. International Crisis Group: Iraq's Tishreen Uprising: From Barricades to Ballot Box, 2021, S. 5 – 6.

137 Vgl. ebd., S. 7.

138 Michel, Meret: Irak: Mit dem Molotowcocktail gegen den Filz, in: WOZ, 16/2019, 15.05.2019.

139 Wyler, Christian: Irak: Anschlag gegen die Zivilgesellschaft, in: Journal21, 11.05.2021, <https://www.journal21.ch/artikel/anschlag-gegen-die-zivilgesellschaft>, Stand: 19.05.2025.

140 Reuters: Factbox: The Iraqi PM who survived Baghdad drone attack, in: Reuters Media, 08.11.2021.

141 Wyler, Christian: Irak: Der Drohnenangriff auf Mustafa al-Kadhimi, in: Journal21, 10.11.2021, <https://www.journal21.ch/artikel/der-drohnenangriff-auf-premierminister-kadhimi>, Stand: 19.05.2025.

Diese Entwicklungen zeigten, dass die Proteste keineswegs eine Randerscheinung waren. Vielmehr wurden sie zu einem bedeutenden Faktor in der irakischen Innenpolitik. Die Spannungen und gar Gewalt zwischen den schiitischen Akteuren (Sadr, Ḥašd, Kāzimī und die Demonstrantinnen und Demonstranten) zeigen nicht nur die Ablehnung der Eliten durch die Bevölkerung, sondern auch die innerkonfessionellen Konflikte deutlich auf.

Die Zeitschrift *Tuktuk* wurde im November 2019 als Medium der Proteste veröffentlicht, als »Zeitung vom Tahrīr-Platz« in Bagdad, einem der bedeutendsten Protestorte.<sup>142</sup> Die Bezeichnung »Tuktuk« bezieht sich auf die in Bagdad verbreiteten Rikscha-Taxis. Zur Namensgebung schreiben die Herausgeber, die Tuktuks seien aufgrund ihres Einsatzes zur Bergung von verwundeten Demonstranten vom Transportmittel der Armen zur Ikone dieser Revolution geworden.<sup>143</sup> Die Tuktuks symbolisierten damit aus Sicht der Autoren sowohl die Selbstverortung der Proteste als Basisbewegung ohne Eliten wie auch die Gewalt, denen die Protestierenden ausgesetzt waren.

Die beiden Bezeichnungen der Protestbewegungen als »Proteste« und »Revolution« stehen emblematisch für die Bandbreite der in der Zeitschrift vertretenen Positionen. Die Forderungen reichen von konkreten Veränderungen auf Gesetzesebene bis hin zur Ablehnung jeglicher Repräsentationsformen. Bereits die erste *Tuktuk*-Ausgabe führt die Schlagzeile, die Jugend (*aš-šabāb*) gebe die »Auferstehung [*qiyāma*] des Iraks« bekannt.<sup>144</sup> Wobei der Begriff *qiyāma* nicht nur auf die Auferstehung verweist, sondern auch die Bedeutungen »Umsturz« und »Umwälzung«, gar »Vormundschaft« umfasst und damit den Anspruch der Jugend auf den Irak bereits ankündigt.<sup>145</sup> Ihr Vertrauen in die politische Elite ist vollständig zerstört, wie die Forderungen nach der Auflösung der Regierung, einer Übergangsregierung frei von allen bisherigen politischen Parteien und vorgezogenen Neuwahlen zeigen.<sup>146</sup>

Die Ablehnung des Irans ist in den *Tuktuk*-Texten omnipräsent. Dem Iran wird vorgeworfen, die innere Komplexität des Iraks unterschätzt zu haben und zu glauben, ihm stehe die Kontrolle über den Irak anhand der irakischen Schia zu.<sup>147</sup> Premierminister Mahdi wird als Kopf einer verbrecherischen Allianz gesehen, deren

142 Wer genau hinter der Publikation stand, wurde nicht bekanntgegeben. Teile der Artikel erschienen anonym, andere unter dem Namen der jeweiligen Autorinnen und Autoren. Auflage und Reichweite sind nicht zu bestimmen, auch, nicht, wann die Produktion eingestellt wurde. Sie wird in der ersten Ausgabe auf Seite 1 als »unsere Zeitung, die Zeitung der Demonstranten« bezeichnet, die auf dem Tahrīr-Platz »geschrieben, herausgebracht und verteilt« werde. Vgl. *Tuktuk*. Ṣaḥīfa tuṣāddira 'an sāḥat at-tahrīr 1, Bagdad ohne Datum, S. 1.

143 Vgl. ebd.

144 Vgl. ebd.

145 Vgl. al-Ba'labakkī: al-Mawrid al-'arabī, 2016, S. 1065.

146 Vgl. *Tuktuk* 1, S. 1.

147 Vgl. ebd., S. 2.

Ziel es sei, die »Volksrevolution« zu unterdrücken. Dazu sei sie nicht nur auf ihren iranischen Herrn (*sayyidhā al-irānī*) angewiesen, sondern auch auf das amerikanische Schweigen angesichts der Missstände im Irak. Die Forderung lautet daher: »Weder Amerika noch Iran«. <sup>148</sup> Bei den Protesten würden Bilder Khomeinis verbrannt, die Zentralen von Milizen und Parteien gestürmt, kurz: Es handle sich um eine Revolution gegen das »iranische Eindringen«. <sup>149</sup> Erfolge der Proteste werden als »Sieg des Iraks über den Iran« gefeiert. <sup>150</sup> Der Ablehnung des iranischen Einflusses im Irak steht die Solidarisierung mit den Protesten im Libanon gegenüber, die zu derselben Zeit in Beirut stattfanden. <sup>151</sup>

Die Demonstrationen im Irak richteten sich nicht gegen einzelne Regierungsparteien, sondern gegen das politische System und die staatlichen Institutionen insgesamt. Die Epoche nach 2003 habe den Kollaps des irakischen Staates erlebt; das System der konfessionalistischen Quoten (*niẓām al-muḥāṣaṣa*) beherrsche nun die Institutionen. Der Staat im Sinne einer Repräsentation des Bürgertums sei verschwunden. Begonnen habe der Staat der Parteien, der das Land mit Korruption, der konfessionalistischen »Injektion« und der Verbreitung von Waffen ausserhalb der Herrschaft des Staates zersetze. Nicht nur hätten die Parteien die Kontrolle über den Staat übernommen, indem sie den Zugang zu Ämtern kontrollierten. Der Staat sei in dieser Form auch zu schwach, um die Bevölkerung zu beschützen, wie die Gewalt gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten zeigte. Das Eingeständnis offizieller Stellen, dass die Gewalt nicht von staatlichen Sicherheitskräften ausgehe, der Name der verantwortlichen Gruppierungen aber nicht kommuniziert werden könne, wird als Kapitulation des Staates vor den Milizen gedeutet. <sup>152</sup>

Der Horizont der Proteste reichte weit über den Irak hinaus. *Tuktuk* stellte nicht nur einen Bezug zu den Demonstrationen in Beirut her, sondern auch zu den Protesten, die seit 2017 im Iran stattfanden. Die irakische Bevölkerung sei, genauso wie die iranische, Opfer einer »kranken, verbrecherischen Mentalität«, nämlich von Regimen, die in frühere Zeiten zurückkehren wollten und deren Macht darauf basiere, »prästaatliche, konfessionalistische, tribalistische und rassistische« Elemente zu fördern. Selbst ein Vergleich dieser Regime mit israelischen Truppen, die früher in Beirut einmarschierten, wird gezogen. Das »Dreieck der Revolution Bagdad – Beirut – Teheran« werde die gesamte Region verändern und einen »neuen Osten« schaffen. <sup>153</sup>

148 Vgl. *Tuktuk*. Ṣaḥīfa tuṣaddira ‘an sāḥat at-tahrīr 6, Bagdad 19.11.2019, S. 1.

149 Vgl. ebd., S. 4.

150 Vgl. *Tuktuk*. Ṣaḥīfa tuṣaddira ‘an sāḥat at-tahrīr 5, Bagdad 17.11.2019, S. 3.

151 Vgl. *Tuktuk* 6, S. 3.

152 Vgl. ebd., S. 4.

153 Vgl. ebd., S. 1.

Welche Forderungen an den Demonstrationen genau erhoben wurden, blieb allerdings lange unklar, da eine allgemeine Führung der Bewegung von den Protestierenden abgelehnt wurde. Dieser Umstand wurde von westlichen Beobachtern der Heterogenität der Bewegung zugeschrieben, die bestehende soziale Spannungen nur oberflächlich zu überwinden vermocht habe.<sup>154</sup> Laut *Tuktuk* handelte es sich bei dieser Führungslosigkeit dagegen um einen strategischen Entscheid. So habe der bewusste Verzicht auf eine Führung verhindert, dass es zu interner Rivalität und persönlichen Konflikten zwischen Führungspersonen gekommen sei, wodurch sich die Proteste klar von bisherigen politischen Parteien und Bewegungen unterscheiden würden.<sup>155</sup>

Das in den Demonstrationen vereinte »Volk« wird als Ort des positiven sozialen Wandels dargestellt. Die Revolution korrigiere die Mängel der Gesellschaft, so eine *Tuktuk*-Autorin. Besondere Aufmerksamkeit erhält dabei die Rolle der Frauen. Berichte über sexuelle Belästigungen auf dem Tahrir-Platz werden als Propaganda der von politischen Parteien finanzierten TV-Stationen bezeichnet.<sup>156</sup> Die Rolle von Frauen wird allerdings sehr unterschiedlich gedeutet und reicht von Gleichstellungsforderungen bis hin zu Aussagen, wonach Frauen wichtig für die Proteste seien, weil sie für die protestierenden Männer kochten. Ein Autor erklärt, die massive Präsenz von Frauen an den Protesten sei nicht dem Kampf um Frauenrechte oder gegen das Patriarchat geschuldet. »Gender-Identitäten« rückten in Zeiten der Revolution in den Hintergrund, zugunsten von übergeordneten »nationalen« (*waṭaniya*), gar »menschlichen« (*bašariya*) Identitäten, Frauen und Männer kämpften für dieselbe Sache.<sup>157</sup> Es scheint also ein breites Spektrum an Ansichten vertreten zu sein, wie der angestrebte Wandel auch auf der Ebene der Gesellschaft zu gestalten sei.

Während die Bedeutung der Proteste für Geschlechterrollen allgemein und die Beteiligung von Frauen an politischen Bewegungen noch erforscht werden muss, lässt sich die Überwindung von Bevölkerungskategorien bereits als bestimmendes Element in der Rhetorik der *tišrîn*-Proteste benennen. Diese Einheit, nicht nur über Geschlechtergrenzen, sondern auch über konfessionelle Unterschiede hinweg, wird von ihren Protagonistinnen und Protagonisten als die grosse Errungenschaft der Proteste gefeiert.

»Weder säkular noch religiös«, sondern das Recht (bzw. Rechte, *ḥuqūq*) sei die Identität »des Irakischen«, titelt ein weiterer *Tuktuk*-Artikel. Erklärt wird diese Cha-

154 Vgl. International Crisis Group: Iraq's Tishreen Uprising: From Barricades to Ballot Box, 2021, S. 9.

155 Vgl. *Tuktuk* 6, S. 2. Ein weiterer Grund dafür, dass auf die Benennung konkreter Führungspersonen verzichtet worden ist, scheint die (wie sich gezeigt hat: berechnete) Angst vor Mordanschlägen gegen Exponentinnen und Exponenten der Proteste gewesen zu sein.

156 Vgl. ebd., S. 5.

157 Vgl. *Tuktuk* 1, S. 7.

rakterisierung mit der Entwicklung, die durch die Proteste geleistet worden sei. Lange Zeit sei die Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsgruppe oder einer Konfession betont worden und man habe ausführlich über Wege debattiert, diese Situation zu überwinden. Nun hätten die Proteste diese Transformation herbeigeführt und ein Gefühl für die Staatsbürgerschaft (*muwāṭina*) und Grundrechte erzielt.<sup>158</sup>

Die Gründe für die aktuelle negative Situation werden nicht nur in der korrupten politischen Klasse gesehen. Es sei die Struktur der irakischen Staatlichkeit selbst, die in die Misere geführt habe. Exemplarisch dafür stehe die Auseinandersetzung mit der irakischen Verfassung von 2005. Sie wird als »Verfassung der Konfessionen und Komponenten« bezeichnet (wobei »Komponenten«, *mukawwināt*, auf die verschiedenen ethisch und religiös markierten Gruppen verweist, aus der die irakische Bevölkerung zusammengesetzt sei), die der Staatsbürgerschaft keine Bedeutung beimesse. Ausführlich werden in einem *Tuktuk*-Artikel die Präambel der Verfassung und eine ganze Reihe Paragraphen zitiert, in denen die in der Verfassung verankerte Vorstellung ihren Ausdruck findet, der Irak sei die Summe seiner »Komponenten«. Genannt wird beispielsweise Artikel 9, Paragraph 1, in welchem festgehalten wird, die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte seien aus den Komponenten des irakischen Volkes zusammengesetzt. Artikel 3 der Präambel definiere den Irak als Land einer »Vielzahl von Ethnien, Religionen und Rechtsschulen«. Als »Komponenten« würden in der Präambel Schia, Sunna, Araber, Kurden und Turkmenen genannt. Eine ganze Liste weiterer vergleichbarer Artikel und Paragraphen wird herangezogen, in denen sich die Verfassung an Zugehörigkeiten orientiert, um dieser Liste schliesslich den Befund gegenüberzustellen: »Das Extreme an all dem ist, dass der Ausdruck ›Staatsbürgerschaft‹ in der gesamten Verfassung nicht auftaucht, kein einziges Mal.« Ergänzt werde dieses Defizit durch die Monopolisierung politischer Partizipation durch einzelne Teile des Staats, etwa indem (in Artikel 60) das Recht, Gesetzesentwürfe einzureichen, der Exekutive und dem Repräsentantenhaus vorbehalten sei. Die Rechte des Volkes, der »Quelle der staatlichen Gewalten«, an Gesetzgebungsprozessen teilzuhaben, würden in der Verfassung ignoriert.<sup>159</sup>

Hier wird die Kritik deutlich, die von Seiten der Demonstrantinnen und Demonstranten an der Verfasstheit des irakischen Staates zum Ausdruck gebracht wird: Der Staat selbst, in seinen Grundlagen und in seiner Ausgestaltung, ist defizitär, die politische Neuordnung nach 2003 in dieser Perspektive gescheitert. Die Orientierung an einer Machtbeteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der Sicherung ihrer jeweiligen Rechte wird als Grund für Korruption und Gewalt identifiziert. Diesem gescheiterten Konstrukt wird das Volk als Träger der Staatsbürgerschaft gegenübergestellt.

158 Vgl. Tuktuk. *Ṣaḥīfa tuṣaddira ‘an sāḥat at-taḥrīr* 2, Bagdad 06.11.2019, S. 2.

159 Vgl. Tuktuk 1, S. 4.

Die Stellung der Proteste wird explizit in einen gesamtirakischen, sogar einen transnationalen Kontext integriert. Seit 2003 hätten Korruption, Armut und Gewalt geherrscht. Dem IS sei ein Drittel des Iraks von der korrupten Elite zum Geschenk gemacht worden (wobei im Artikel auch auf die Opfer des Massakers von Camp Speicher verwiesen wird), während die vermeintlichen »Repräsentanten des Volks« Milliarden an den Iran bezahlt hätten, um dessen Wirtschaft zu stützen, und weitere Milliarden an die syrische Regierung, damit diese die Revolution ihres Volks unterdrücken konnte. Weiter wird die Regierung für die Verbreitung von Drogen verantwortlich gemacht, mit denen die Bevölkerung ruhiggestellt werden solle, und für die massive Zunahme der Suizide unter der perspektivlosen Jugend.<sup>160</sup> Nicht etwa die Schaffung neuer Jobs würde nun gefordert und Besänftigungsmittel, beispielsweise Wahlen, würden nicht mehr ausreichen. Gefordert werde der Sturz des Systems – alles müsse verändert werden.<sup>161</sup>

All diese angestrebten Veränderungen kulminieren im Begriff *ša'b*, dem Volk. *Ša'b* verweist nicht auf einen ethnischen Volksbegriff (*qawm*).<sup>162</sup> Der Begriff wird bei den Protesten genutzt, um die Differenz zwischen Volk und Regierung auszudrücken. Gegenbegriffe zu *ša'b* sind dementsprechend System (*nizām*) oder die Politiker, wobei diese Gegenbegriffe offenbar nur bedingt als gegenseitig konstitutiv aufgefasst werden: *Ša'b* geht ohne Regierung in dieser Vorstellung genau so wenig verloren wie das Land (*balad*) ohne den Staat (*dawla*). Es ist dieser Begriff, *balad*, der in den untersuchten *Tuktuk*-Ausgaben Gegenstand von *waṭan* ist und dadurch den Anspruch auf den Irak begründet. Das Volk ist nicht nur vereint, es wird aufgrund seiner konstitutiven Verbundenheit mit dem Land gar als unteilbar vorgestellt. Die Gründe für Konflikte werden daher ausserhalb dieses Volks verortet. Dieses »Ausserhalb« sind im Fall der *tīšrīn*-Proteste das politische Establishment und die mit ihm verhandelten iranischen Akteure.

160 Tatsächlich vermerken Studien eine sprunghafte Zunahme von Suiziden im Irak, insbesondere unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen, vgl. World Health Organization (Eastern Mediterranean Region): An increasing number of suicide cases in Iraq worries public health experts amid COVID-19 pandemic, Baghdad 2020, <http://www.emro.who.int/iraq/news/an-increasing-number-of-suicide-cases-in-iraq-worries-public-health-experts-amid-covid-19-pandemic.html>, Stand: 16.06.2022.

161 Vgl. *Tuktuk* 1, S. 1.

162 Die *qawmiya*, als »Nationalismus« übersetzt, ist durch panarabische Bezüge der Ba't-Ideologie geprägt, vgl. Baram, Amatzia: *Qawmiyya and Wataniyya in Ba'thi Iraq. The Search for a New Balance*, in: *Middle Eastern Studies* 19 (2), 1983, S. 188 – 200. Zum Verhältnis von *waṭanī* und *qawmī* unter 'Abd al-Karīm al-Qāsim vgl. Bashkin, Orit: Hybrid Nationalisms. *Waṭanī and Qawmī Visions in Iraq under 'Abd al-Karīm Qasim, 1958 – 61*, in: *International Journal of Middle East Studies* 43 (02), 2011, S. 293 – 312.